



Call for Papers

Politische Kommunikation zwischen Freiheit und Sicherheit

Gemeinsames Panel der Arbeitskreise „Parteienforschung“ und „Politik und Kommunikation“

Die Herstellung und Wahrung von Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates in europäischen und anderen entwickelten Demokratien. Veränderte Bedrohungen, insbesondere durch den so genannten „neuen Terrorismus“, erfordern vom Staat eine stärkere Kriminalitätsprävention, um so seinem Sicherheitsversprechen nachzukommen. Damit verändert sich jedoch die Staatlichkeit, liberale Rechtsstaaten entwickeln sich, so KritikerInnen, zu präventions- und überwachungsorientierten Staaten mit Elementen eines Feindstrafrechts (bspw. Folterdebatte). Dazu kommen eine technologische Entwicklung (bspw. Überwachungstechniken, Online-Kommunikation) und eine zunehmende inter- wie transnationale Kooperation der Nachrichten- und Sicherheitsdienste (bspw. Datenaustausch, gemeinsame Terror- und Fahndungslisten). So trifft die Ausweitung der staatlichen sicherheitspolitischen Maßnahmen auf das Gefühl eines diffusen Kontrollverlustes und einer Gefährdung liberaler Grundrechte bei Teilen der Bevölkerung und politischen AkteurInnen. Dies führt dazu, dass im Bereich der Inneren bzw. Öffentlichen Sicherheit regelmäßig stark polarisierend und normativ aufgeladen über bestehende und neue Maßnahmen und Entscheidungen debattiert wird.

Für die Politikentwicklung und -durchsetzung in diesem Feld spielen sowohl politische Inhalte und Positionen als auch kommunikative Aspekte eine maßgebliche Rolle. Die NSA-Affäre, ACTA und Merkel-Gate sind nur einige wenige Beispiele für bemerkenswerte veränderte kommunikative Prozesse. Mit Blick auf die politische Kommunikation ist u.a. spannend, wie bspw. durch Parteien, Regierungen, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Organisationen versucht wird, über Begriffssetzungen Deutungsschemata zu etablieren und so im Sinne eines Agenda-Building und Framing die Akzeptanz oder Ablehnung einzelner eventuell auch freiheitseinschränkender Maßnahmen und deren Instrumenten zu erhöhen.

In der Medienberichterstattung entscheiden neben entsprechenden Nachrichtenwerten (Aktualität, Nähe, Emotionalität) auch die jeweilige Perzeption der BürgerInnen über entsprechendes Empörungs- oder Skandalisierungspotenzial. Aus diesem Grund spielen kommunikative Deutungen und Interpretationen (etwa Framing oder Priming, insb. durch die Medien) dabei eine wesentliche Rolle. Dies gilt auch für das Sicherheitsempfinden der rezipierenden Bevölkerung sowie die daraus resultierende Akzeptanz staatlichen Handelns in diesem Politikfeld. Aus der Literatur ist bekannt, dass objektive Bedrohungslage und subjektives (Un-)Sicherheitsempfinden nicht deckungsgleich sein müssen. Der medial-kommunikativen Darstellung von Sicherheit kommt also eine zentrale Bedeutung für die Möglichkeiten der Politikfeldgestaltung zu; politische Kommunikation in diesem Politikfeld gerät so als Kernelement und Translationsstelle in einer Politikfeldanalyse in den Blick der Forschung.

Beiträge in diesem Panel können auf verschiedene Facetten der politischen Kommunikation im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit abzielen und bspw. folgende Bereiche, Fragestellungen und Themen bearbeiten:

- Medien- und Netzpolitik zwischen Ausbau und Einhegung von Nutzerrechten („Zensursula“, ACTA)
- Deutungsmacht und Legitimation: Zur Bedeutung von Begrifflichkeiten im politischen Diskurs um innere Sicherheit
- Das Verhältnis von Kommunikation und materieller Politik im Bereich „Freiheit und Sicherheit“ bei Parteien sowie Regierung und Sicherheitsakteuren (wie Verfassungsschutz, Polizei, Sicherheitsunternehmen)
- Kommunikation und Mitgestaltung im Politikfeld Innere Sicherheit (Parteien, Regierung, Sicherheitsakteure, Medien und andere zivilgesellschaftliche Akteure)
- Medial-fiktive Gewaltdarstellung im Antiterrorkampf und reale Politikentwicklung (z.B. Serien wie „Homeland“)
- Berichterstattung über Sicherheitsthemen und sicherheitsbedrohende Phänomene (u.a. Salafismus, Islamisierung, Rechtsextremismus, Hooligans, Alltags- und Bandenkriminalität)
- Zusammenhang zwischen medialer Berichterstattung, Medienkonsum und Akzeptanz politischer Maßnahmen (bspw. Sicherheitsmaßnahmen zur Senkung des Bedrohungsempfindens wie Videoüberwachung öffentlicher Räume, Zivilstreifen, Verstärkung der Polizeiarbeit, Ausdifferenzierung von Polizeieinheiten)
- Technische und elektronische Kommunikationswege, -innovationen, neue Überwachungstechniken und deren Folgen für die politische (Online-)Kommunikation/-Partizipation.

Der Call richtet sich sowohl an theoretisch-konzeptionelle wie auch empirische (insb. auch international vergleichende) Beiträge zu diesen und anderen Aspekten. Bitte senden Sie Ihren Vortragsvorschlag (500 Wörter) bis zum **15.03.2015** an die Panelleitung. Im Rahmen der Tagung in Duisburg sollen dann die Artikel präsentiert, von Discussants kommentiert und besprochen werden. Erste Entwürfe der Papers sind bis zum 31. August 2015 einzureichen.

Panelleitung

Isabelle Borucki (Trier)

Isabelle.Borucki@uni-trier.de

Sebastian Bukow (Düsseldorf)

Sebastian.Bukow@uni-duesseldorf.de

Stefan Marschall (Düsseldorf)

Stefan.Marschall@uni-duesseldorf.de

Jens Tenscher (Hamburg)

Jens.Tenscher@wiso.uni-hamburg.de